

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einführung	1
Aufbau der Untersuchung	4
1. Teil: Österreich de lege lata	9
A. Einführung	9
B. Definitionen	11
1. Absprache	11
1.1 Prozessbeendende Absprachen	12
1.1.1 Einteilung der prozessbeendenden Absprachen nach dem Abspracheinhalt	12
1.1.2 Absprachekonstellationen	14
1.2 Prozesseleitende Absprachen	15
2. Abspracheverfahren	16
3. (Konsensuales) summarisches Verfahren	17
C. Der Diskussionsprozess	17
1. Erste Ansätze der Erkennung und Benennung des Phänomens in der Literatur	18
1.1 <i>Zitta</i> und <i>Soyer</i>	18
1.2 Die eingehende Auseinandersetzung von <i>Tipold</i>	19
2. Die Diskussion hält Einzug in drei Fachtagungen und wird eines von vielen Themen bei den Reformüberlegungen zur Hauptverhandlung	19
2.1 Die 7. Finanzstrafrechtliche Tagung (2002)	19
2.2 Das 31. Fortbildungsseminar aus Strafrecht und Kriminologie in Ottenstein (2003) und der Österreichische Juristentag 2003	23
3. Die Position des OGH	25
3.1 Das obiter dictum des OGH	25
3.2 Die zweite Abspracheentscheidung des OGH	26
3.3 Bewertung der Argumentation des OGH	29

3.3.1 Das Kontrahierungsverbot des Staates mit mutmaßlichen Rechtsbrechern/Verstoß gegen den materiellen Wahrheitsgrundsatz	29
3.3.2 Strafrechtliche und disziplinarrechtliche Verantwortlichkeit des Richters	30
3.3.3 Verstoß gegen § 202 erster und zweiter Fall StPO [Anm: aF], nunmehr § 164 Abs 4 StPO	31
3.3.4 Mangelnde Vergleichbarkeit von prozessbeendenden Absprachen mit diversionellen Erledigungen bzw mangelnde Deckung durch diese	32
3.4 Praktische Auswirkungen der ablehnenden Haltung des OGH	33
4. Die Diskussion geht weiter	34
5. Der Blickwinkel des österreichischen Gesetzgebers	37
6. Vorschläge innerhalb der Strafrechtswissenschaft zu einer konsensualen Verfahrensabkürzung	39
6.1 Die Vorschläge von <i>Moos</i>	39
6.2 Der Vorschlag von <i>Bertel</i>	42
6.3 Der Vorschlag von <i>Soyer</i>	43
6.4 Die Vorschläge von <i>Medigovic</i>	44
6.4.1 Integration von Richtlinien in die Strafprozessordnung	44
6.4.2 Installierung eines summarischen Verfahrens	45
6.4.3 Bewertung	45
6.5 Der Vorschlag von <i>Schick</i>	46
6.6 Der Vorschlag von <i>Venier</i>	47
6.7 Der Vorschlag von <i>Swoboda</i>	49
6.8 Der Vorschlag von <i>Stuefer/Ruhri</i> – Arbeitsgruppe Strafrecht des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages (ÖRAK)	50
6.8.1 Zustandekommen des Entwurfs	50
6.8.2 Der Gesetzesvorschlag	51
6.8.3 Erläuterungen	53
6.8.4 Bewertung	56
6.9 Der Vorschlag von <i>Schmoller</i>	57
6.10 Der Vorschlag von <i>Dohr</i>	58
7. Vergleich der vorgeschlagenen Modelle	60
7.1 Zielvorgabe	60
7.2 Verschiedene Regelungskonzepte	61
7.3 Rechtsnatur	61
7.4 Begründungsargumente	61
7.5 Zulässigkeit	61
7.6 Abspracheinhalt	62
7.7 Abspracheparteien	62
7.8 Die Rolle des Opfers	62
7.9 Zeitpunkt der Absprache	63

7.10 Geständnis/hinreichend geklärter Sachverhalt	63
7.11 Prozessgrundsätze	63
7.12 Rechtsmittel	63
D. Analyse des bisherigen Diskussionsprozesses	64
1. Der dreiphasige Verlauf der Diskussion	64
2. Die Diskussionsteilnehmer nach ihrer Berufszugehörigkeit	66
3. Die Diskussionsteilnehmer nach ihrer Argumentation	67
3.1 Die Befürworter und ihre Argumente	69
3.2 Die Gegner und ihre Argumente	71
E. Vorhandene Ansätze von verfahrensbeendenden Absprachen bzw konsensualen Verfahrensverkürzungen und -vereinfachungen in der geltenden Strafprozessordnung und im Strafgesetzbuch	76
1. Diversion	77
1.1 Die Diversion als konsensuale Verfahrenserledigung	78
1.1.1 Konsensinhalt und Konsenspartner	79
1.1.2 Sachverhaltaufklärung/Grundsatz der materiellen Wahrheit	80
1.1.3 Rechtsnatur der Divisionsregelung	80
1.1.4 Tangierung von weiteren Prozessgrundsätzen	81
1.1.5 Die Rolle der Staatsanwaltschaft, Rechtsschutz und Transparenz	82
1.1.6 Die Situation des Beschuldigten	82
1.2 Fazit	83
1.3 Überlegungen zu einer Ausweitung der Division	84
2. Kronzeugenregelung	85
2.1 Kleine Kronzeugenregelung (§ 41a StGB)	86
2.2 Große Kronzeugenregelung (§§ 209a und 209b StPO)	86
2.3 Konsensuale und verfahrensverkürzende Elemente	88
2.3.1 Konsensinhalt und Konsenspartner	90
2.3.2 Sachverhaltaufklärung/Grundsatz der materiellen Wahrheit	90
2.3.3 Rechtsnatur der Kronzeugenregelung	91
2.3.4 Die Rolle der Staatsanwaltschaft, Rechtsschutz und Transparenz bei § 209a StPO	91
2.3.5 Die Situation des Kronzeugen	92
2.3.6 Pro- und Contra-Argumente	92
2.4 Fazit	94
3. Das Mandatsverfahren	95
3.1 Das Mandatsverfahren als konsensuale Verfahrens- erledigung	97
3.1.1 Konsensinhalt und Konsenspartner	97
3.1.2 Sachverhaltaufklärung/Grundsatz der materiellen Wahrheit	98
3.1.3 Tangierung von weiteren Prozessgrundsätzen	100

3.1.4 Rechtsnatur der Strafverfügung	101
3.1.5 Die Rollenverteilung zwischen Staatsanwaltschaft und Gericht	101
3.1.6 Die Situation des Beschuldigten und die Rolle des Opfers	103
3.2 Fazit	106
4. Die Milderungsgründe des Geständnisses und der Schadensgutmachung (§ 34 Abs 1 Z 14, 15 und Z 17 StGB) und ihre Auswirkungen auf Verfahrensdauer und Sanktionierung	107
4.1 Die konsensualen Elemente der Milderungsgründe	
Geständnis und Schadensgutmachung	109
4.1.1 Konsensinhalt und Konsenspartner	110
4.1.2 Sachverhaltaufklärung/materielle Wahrheitsfindung	110
4.1.3 Rechtsnatur	110
4.1.4 Die Situation des Beschuldigten	110
4.2 Fazit	111
5. Absprachefreundliche Rechtsinstitute innerhalb der geltenden Strafprozessordnung und des Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes	111
5.1 Einstellung bei mehreren Straftaten (§ 192 StPO)	112
5.2 Verfolgungsermessen der Staatsanwaltschaft nach § 18 VbVG	114
F. Die Zulässigkeit von Absprachen nach geltendem Recht	115
1. Einführung	115
2. Die Zulässigkeit von Strafzumessungsabsprachen	116
2.1 Vokabular	117
2.2 Gebot der Verfahrensfairness und Rechtsgleichheit	119
2.3 Fazit	120
G. Zusammenfassung und Ergebnis	120
2. Teil: Rechtsvergleichung	123
A. Das deutsche Gesetz zur Verständigung im Strafverfahren	123
1. Vorbemerkung	123
2. Einleitung	123
3. Die Verständigung zwischen Gericht und Verfahrensbeteiligten (§ 257c StPO)	127
3.1 Platzierung der Verständigungsregelung	127
3.2 Definition	127
3.3 Rechtsnatur der Verständigungsregelung	128
3.4 Das Initiativrecht des Gerichts	129
3.5 Zustimmungserfordernis des Angeklagten und der Staatsanwaltschaft	130
3.6 „Geeignete Fälle“ im Sinne des § 257c Abs 1 StPO	132

3.7	Zeitpunkt und Ort der Verständigung	133
3.8	Beteiligte	133
3.9	Die Rolle des Opfers	134
3.10	Inhalt der Verständigung	134
3.11	Das Geständnis als zentraler Bestandteil einer Verständigung	144
3.12	Bindungswirkung und Widerrufsmöglichkeiten	147
3.13	Belehrungspflicht	152
4.	Erörterungsbestimmungen in den einzelnen Verfahrensstadien (§§ 160b, 202a, 212 und 257b StPO) und die Mitteilungspflicht des Vorsitzenden (§ 243 Abs 4 StPO)	153
5.	Protokollierungspflichten (§ 273 Abs 1 und Abs 1a StPO)	157
6.	Unzulässiger Rechtsmittelverzicht (§§ 35a Satz 3 und 302 Abs 1 Satz 2 StPO)	159
7.	Die praktische Umsetzung des Verständigungsgesetzes	161
8.	Außergesetzliche Verständigungen	163
9.	Die Entscheidung des BVerfG über die Verfassungsmäßigkeit der Verständigungsregelung	163
10.	Kritische Auseinandersetzung in der deutschen Strafrechts- wissenschaft	169
10.1	Unmöglichkeit der praktischen Konkordanz einer konsensualen Verfahrenserledigung mit dem Amtsaufklärungsgrundsatz (§ 244 Abs 2 StPO)	170
10.2	Nichtbeachtung der Alternativkonzepte	172
10.3	Tangierte Prozessgrundsätze	178
10.4	Die Situation des Angeklagten	180
10.5	Die Rolle des Gerichts	181
10.6	Die Nichtberücksichtigung von Opferinteressen	182
10.7	Fazit	182
B.	Das abgekürzte Verfahren im schweizerischen Strafprozessrecht	183
1.	Einleitung	183
2.	Definition	185
3.	Platzierung der Regelung	185
4.	Rechtsnatur des abgekürzten Verfahrens	186
5.	Der Gang des Verfahrens bis zur Anklageerhebung	187
5.1	Initiativrecht der beschuldigten Person	188
5.2	Abspracheverhandlungen	189
5.3	Konsensinhalt	190
5.3.1	Prozessverhalten der Staatsanwaltschaft	190
5.3.2	Rechtsfolgen	192
5.3.3	Prozessverhalten der beschuldigten Person	194
5.4	Zulässigkeitsvoraussetzung: Freiheitsstrafe von nicht mehr als fünf Jahren	197
5.5	Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft	198

5.6	Sachverhaltsaufklärung	200
5.7	Verfahren mit mehreren beschuldigten Personen	201
5.8	Verständigung der Parteien	202
5.9	Anmeldefrist für die Forderungen der Privatklägerschaft	203
5.10	Die Anklageschrift als Urteilsvorschlag	204
5.11	Eröffnung der Anklageschrift und Zustimmung der Parteien	206
5.12	Fehlende Dokumentationsbestimmungen	207
6.	Rollenverteilung	208
6.1	Die Situation der beschuldigten Person	208
6.2	Die Rolle der Staatsanwaltschaft und ihr uneingeschränktes Ermessen	209
6.3	Die Stellung der Privatklägerschaft/Die Rolle des Opfers	210
7.	Folgen des Scheiterns des abgekürzten Verfahrens vor Anklageerhebung	213
8.	Die Hauptverhandlung – die Rolle des Gerichts	213
8.1	Überprüfung der Prozessvoraussetzungen und Rückweisung der Anklageschrift	215
8.2	Befragung der beschuldigten Person und der anderen Parteien	215
8.3	Überprüfung durch das Gericht	216
8.4	Entscheidung des Gerichts	217
8.4.1	Rechtmäßigkeit und Angebrachtheit (Art. 362 Abs 1 lit a StPO)	218
8.4.2	Übereinstimmung der Anklage mit dem Ergebnis der Hauptverhandlung und der Akten (Art. 362 Abs 1 lit b StPO)	219
8.4.3	Angemessene Sanktion (Art. 362 Abs 1 lit c StPO)	219
8.4.4	Urteil/Genehmigung durch das Gericht (Art. 362 Abs 2 StPO)	220
8.4.5	Abänderungen der Anklageschrift durch das Gericht	220
8.4.6	Ablehnender Entscheid/Nichtgenehmigung der Anklageschrift durch das Gericht (Art. 362 Abs 3 StPO)	221
9.	Folgen des Scheiterns des abgekürzten Verfahrens (Art. 362 Abs 4)	222
10.	Rechtsmittel (Art. 362 Abs 5 StPO)	224
11.	Ne bis in idem	225
12.	Praktische Umsetzung des abgekürzten Verfahrens	226
13.	Kritische Auseinandersetzung im Schweizer Schrifttum	229
13.1	Einschränkung von Prozessgrundsätzen	230
13.2	(Fehlende) Rechtsstaatlichkeit und (fehlende) Notwendigkeit	235
13.3	Die Rolle der Staatsanwaltschaft	236
13.4	Verfahrensökonomie	237
13.5	Fehlende Transparenz und Kontrollmechanismen	238
13.6	Die Situation der beschuldigten Person	239

13.7 Die zwiespältige Rolle der Privatklägerschaft	240
13.8 Vorteile	240
C. Vergleich der deutschen Verständigungsregelung mit dem abgekürzten Verfahren der Schweiz	242
1. Vorbemerkung	242
2. Eingliederung in die StPO	243
3. Rechtsnatur	243
4. Initiativrecht	245
5. Abspracheverhandlungen	245
6. Einsparungspotential	246
7. Absprachepartner und Rollenverteilung	246
8. Abspracheinhalt	248
9. Strafzumessung	248
10. Das Geständnis als zentrale Voraussetzung	249
11. Die Situation des Beschuldigten	249
12. Die Situation des Opfers	251
13. Transparenz- und Dokumentationsbestimmungen	252
14. Anwendungsbereich	254
15. Rechtsmittelmöglichkeiten	255
16. Beschränkung von Prozessgrundsätzen	256
17. Das Scheitern des abgekürzten Verfahrens (Schweiz)/ Widerruf der Verständigung durch das Gericht (Deutschland)	257
18. Folgen des Scheiterns	258
19. Bindungswirkung	258
20. Zusammenfassende Beurteilung	259
3. Teil: Österreich de lege ferenda	261
A. Einführung	261
1. Ausgangslage	261
2. Modellwahl	264
3. Konsensuales summarisches Verfahren versus Abspracheverfahren	266
B. Gesetzesentwurf	267
C. Erläuterungen	273
1. Zielrichtungen	273
2. Eingliederung in die Strafprozessordnung	274
3. Termini	274
4. Legitimation eines auf dem konsensualen summarischen Verfahren beruhenden Schuldspruchs	275
4.1 Rechtsfrieden durch Wahrheitsfindung, Schuldprinzip und Gerechtigkeit	275
4.2 Der traditionelle Weg zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens	276

4.3	Der Wahrheitsbegriff im strafprozessualen Kontext	278
4.4	Die Grenzen der Wahrheitsfindung	280
4.5	Prozessuale statt materielle Wahrheit	281
4.6	Verfahrensökonomie versus materielle Wahrheit	282
4.7	Zwischenergebnis	283
4.8	Wahrheitsfindung im konsensualen summarischen Verfahren	284
4.9	Defizitäre Wahrheitssuche im Prozessrecht	286
4.10	Das Erfordernis eines hinreichend geklärten Sachverhalts	288
4.11	Verfahrenseffizienz und Beschleunigungsgebot als Legitimation defizitärer Wahrheitssuche	290
4.12	Konsens als Legitimation defizitärer Wahrheitssuche	293
4.12.1	Konsensprinzip	294
4.12.2	Prozessuale Wahrheitssuche als verzichtbares Recht	297
4.12.3	Konsens als Ausgleich zum herkömmlichen Verständnis der Wahrheitssuche	299
4.13	Verantwortungsübernahme in Form eines Geständnisses und Schuldeinsicht als Legitimationsfaktum	301
4.14	Zusammenfassung der Ergebnisse	303
5.	Die Stellung des Beschuldigten/Ausbau der Verfahrensfairness	304
6.	Voraussetzungen des konsensualen summarischen Verfahrens	307
6.1	Antrag des Beschuldigten – notwendige Verteidigung	307
6.2	Notwendige Verteidigung	309
6.3	Das Geständnis als notwendiger Bestandteil eines konsensualen summarischen Verfahrens	311
6.3.1	Beweismittelfunktion	312
6.3.2	Das Geständnis als Ausdruck des Nichtbestreitens des Sachverhaltes	313
6.3.3	Strafzumessungsfunktion	313
6.3.4	Das Geständnis als unabdingbare Voraussetzung für die Legitimation eines konsensualen summarischen Verfahrens	316
6.3.5	Zusammenfassung der Ergebnisse	317
6.4	Die Kehrseite der Medaille: Geständnisdruck und Wahrung des Grundsatzes der Selbstbelastungsfreiheit	318
6.5	Bereitschaft zur Schadensgutmachung	319
7.	Anwendungsbereich des summarischen Verfahrens	320
8.	Entscheidungsbefugnis der Staatsanwaltschaft und Gebot der Rechtsgleichheit	322
9.	Kein subjektives Recht des Beschuldigten	325
10.	Verständigungspflichten	327
11.	Die Stellung des Opfers	327
12.	Transparenz der Konsensfindung und Protokollierungspflichten	331
13.	Konsensinhalt	332

13.1 Festsetzung der Strafe	333
13.2 Strafmaßreduktion	337
13.3 Rechtsmittelverzicht	339
13.4 Prozessverhalten der Staatsanwaltschaft – Verfolgungsverzicht – Legalitätsprinzip	343
13.5 Sperrwirkung der endgültigen Einstellung	345
13.6 Prozessverhalten des Beschuldigten	348
14. Rechtsnatur der zwischen dem Beschuldigten und der Staatsanwaltschaft getroffenen Vereinbarungen	349
14.1 Verbindlichkeit aufgrund vertraglicher Vereinbarung	349
14.2 Verbindlichkeit aufgrund des geltenden Immutabilitätsprinzips	351
15. Die dominante Rolle der Staatsanwaltschaft	352
15.1 Die Vereinbarkeit der Aufgabenverteilung im summarischen Verfahren mit dem Prinzip der Gewaltentrennung	353
15.2 Zusammenfassung der Ergebnisse	355
16. Die Anklageschrift als Urteilsvorschlag	355
17. Die Rolle des Gerichts im konsensualen summarischen Verfahren	356
18. Die Kontrollfunktion des Gerichts/Gang der summarischen Hauptverhandlung	358
18.1 Mündlichkeit	360
18.2 Öffentlichkeit	362
18.3 Unmittelbarkeitsgrundsatz	363
18.4 Unschuldsvermutung	366
19. Die (positive) Entscheidung des Gerichts	369
20. Keine Abänderungsmöglichkeit des Urteilsvorschlags durch das Gericht	370
21. Die negative Entscheidung des Gerichts	372
22. Die Folgen des Scheiterns	373
22.1 Verwertungsverbot und Vernichtungsgebot	373
22.2 Ausgeschlossenheit des erkennenden Gerichts	375
22.3 Keine Ausgeschlossenheit des mit der Causa befassten Staatsanwaltes	377
23. Rechtsmittel	379
D. Schlussbetrachtung	380
Anhang	383
Literaturverzeichnis	389
Web-Verzeichnis	429
Judikaturverzeichnis	439
Stichwortverzeichnis	441